
Berliner Debatte Initial

2

26. Jg. 2015

25 Jahre Deutsche Einheit

Ragnitz

Ostdeutschland im Schatten
gesamtwirtschaftlicher Entwicklung

Ludwig

Der unvollendete
Aufholprozess

Kollmorgen

Ostdeutsche in
bundesdeutschen Eliten

Schultz

Die neue Umverteilung und
das Dilemma des Sozialstaats

Land

Varoufakis und die Generalreparatur
der Weltwirtschaft

Autoren

Alexander Amberger, Dr. phil.,
Politikwissenschaftler, „Helle Panke“ e.V.
– Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin

Hendrik Berth, PD Dr. rer. medic. ha-
bil., Psychologe, Technische Universität
Dresden

Elmar Brähler, Prof. em. Dr.,
Mathematiker und Psychologe, Univer-
sität Leipzig/Universitätsmedizin Mainz

Ulrich Busch, Doz. Dr. habil.,
Finanzwissenschaftler, Leibniz-Sozietät
der Wissenschaften zu Berlin

Raj Kollmorgen, Prof. Dr.,
Soziologe, Hochschule Zittau/Görlitz

Rainer Land, Dr. sc. oec.,
Philosoph und Wirtschaftswissenschaft-
ler, Thünen-Institut, Bollewick

Udo Ludwig, Prof. Dr.,
Wirtschaftswissenschaftler, Halle,
Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Thomas Möbius, M. A.,
Sozialwissenschaftler und Literaturwis-
senschaftler, Berlin

Maximilian Overbeck, M. A.,
Politikwissenschaftler, Institut für Sozi-
alwissenschaften, Universität Stuttgart

Joachim Ragnitz, Prof. Dr.,
Wirtschaftswissenschaftler, ifo Institut
– Leibniz Institut für Wirtschaftsfor-
schung an der Universität München e.V.,
Niederlassung Dresden

Rolf Reißig, Prof. Dr.,
Sozial- und Politikwissenschaftler,
Brandenburg-Berliner Institut für Sozi-
alwissenschaftliche Studien (BISS)

Helga Schultz, Prof. Dr.,
Sozial- und Wirtschaftshistorikerin,
Berlin

Yve Stöbel-Richter, Prof. Dr.,
Soziologin und Psychologin, Hochschule
Zittau/Görlitz

Christine Weckwerth, Dr.,
Philosophin, Berlin-Brandenburgische
Akademie der Wissenschaften - MEGA,
Berlin

Markus Zenger, Dr. rer. med.,
Psychologe und Familientherapeut,
Universität Leipzig

25 Jahre Deutsche Einheit

Ostdeutschlands fragmentierte Integration

Zusammengestellt von Ulrich Busch und Raj Kollmorgen

Editorial	2	<i>Rainer Land</i> Generalraparatur der Weltwirtschaft Referenz und Variation zu Varoufakis „Tod des Minotaurus“	93
25 JAHRE DEUTSCHE EINHEIT			
<i>Joachim Ragnitz</i> Ostdeutschland im Schatten gesamtwirtschaftlicher Entwicklung	5	<i>Alexander Amberger</i> Wie viel Bellamy steckt in Rudolf Bahros „Alternative“? Ein utopiegeschichtlicher Vergleich	111
<i>Raj Kollmorgen</i> Aus dem Osten an die Spitze? Ostdeutsche in den bundesdeutschen Eliten	17	BESPRECHUNGEN UND REZENSIONEN	
<i>Udo Ludwig</i> Der unvollendete Aufholprozess der ostdeutschen Wirtschaft	34	<i>Maximilian Overbeck</i> Religion und religiöse Überzeugungen im 21. Jahrhundert. Ein Literaturbericht	123
<i>Ulrich Busch</i> Zwischen Konvergenz und Divergenz Zur Entwicklung privater Vermögen in Ost- und in Westdeutschland	50	Hans-Peter Krüger: Heroismus und Arbeit in der Entstehung der Hegelschen Philosophie (1793–1806) Rezensiert von <i>Christine Weckwerth</i>	132
<i>Yve Stöbel-Richter, Markus Zenger, Elmar Brähler, Hendrik Berth</i> Familiengründung in Ostdeutschland nach der Vereinigung	66	Raj Kollmorgen, Wolfgang Merkel, Hans-Jürgen Wagener (Hg.): Handbuch Transformationsforschung Rezensiert von <i>Rolf Reißig</i>	136

<i>Helga Schultz</i> Die neue Umverteilung und das Dilemma des Sozialstaats	78	Rolf Hecker, Angelika Limmroth (Hg.): Jenny Marx. Die Briefe Rezensiert von <i>Thomas Möbius</i>	142
		Autorenverzeichnis	146

Editorial

Die Herstellung der deutschen Einheit durch die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli 1990 und den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990 setzte im Osten Deutschlands einen umfassenden Adaptions-, Transformations- und Integrationsprozess in Gang, der alle Lebensbereiche erfasste. Der Vereinigungsprozess führte dabei im letzten Vierteljahrhundert nicht nur zu einer Umgestaltung der neuen Bundesländer, sondern ergriff, was in den ersten Jahren von wichtigen, vor allem westdeutschen Akteuren nicht gewollt und von vielen Beobachtern kaum gesehen wurde, die gesamte bundesrepublikanische Gesellschaft. Es ist historisch bedeutsam, dass dieser Prozess tiefgreifender Wandlungen friedlich, demokratisch und in wesentlichen Aspekten auch solidarisch verlaufen ist. Angesichts der vielen Fälle (semi-) autoritärer postsozialistischer Transformationen sowie gravierender, teils gewaltförmiger Konflikte um nationalstaatliche Sezessionen in Ost und West ist diese Feststellung keinesfalls banal.

Zugleich plausibilisieren vielfältige gesellschaftliche Problemlagen im Osten Deutschlands sowie im Verhältnis zwischen den alten und neuen Bundesländern, dass wichtige Ziele der Vereinigung bisher nicht oder nur unzureichend erfüllt wurden, bestimmte Integrationsdefizite bis heute bestehen und insofern der Vereinigungsprozess keineswegs abgeschlossen ist.

In den zurückliegenden Jahren bestimmten hauptsächlich die Fortschritte und Stagnationen im Einigungsprozess, die Erfolge und Misserfolge sowie die Gewinne und die Kosten des Zusammenwachsens beider Landesteile den politischen und sozialwissenschaftlichen Vereinigungsdiskurs. Dies gilt auch für unsere Zeitschrift, welche die Vereinigungsthematik mehrfach aufgegriffen und in entsprechenden

Schwerpunkten und zahlreichen Einzelbeiträgen diskutiert hat. Als Beispiele dafür können die Hefte 1/1990, 4/5-1995, 2 und 3/1996, 4/1997, 2/3-1998, 2/1999, 2/2000 sowie 5/2006 herangezogen werden. Inzwischen aber ist ein Vierteljahrhundert vergangen und vielfach ein Perspektivenwechsel zu konstatieren: Die Wahrnehmung des Umbruchs im Osten und des Vereinigungsprozesses insgesamt ist im Laufe der Zeit eine andere geworden. Seit 1990 sind neue Generationen herangewachsen, Generationen, die anders sozialisiert sind und die andere Fragen stellen als die Aktivisten und Akteure der revolutionären Ereignisse von 1989 und der Vereinigung. Zudem haben sich in der Zwischenzeit neue Probleme aufgetan, welche die alten überlagern und früher geführte Debatten obsolet erscheinen lassen. Nicht nur der globale Kapitalismus hat sich transformiert, auch die öffentlichen Wohlfahrts- und politischen Regime sind heute – nicht zuletzt im Kontext des europäischen Integrationsprozesses – andere als vor fünfundzwanzig Jahren. Neue Kulturen und Lebensstile setzen sich durch, veränderte Wahrnehmungen und Verhaltensmuster bestimmen das Bild, während tradierte Sichtweisen und Deutungsmuster an Bedeutung verlieren.

Die Menschen in Ostdeutschland sind nach 25 Jahren mehrheitlich im vereinigten Deutschland angekommen. Damit verbunden ist eine Blickverschiebung vom radikalen Umbruch zur langzeitigen Transformation, von Beitritt und einseitiger Anpassung zur Integration und gesamtdeutschen Modernisierung, von der Vergangenheit zur Zukunft, womit die Defizite und Probleme der Gegenwart anders reflektiert werden als dies in der Vergangenheit der Fall war, in der die doppelte Referenzfolie DDR und BRD die Debatten dominierte. Dieser Perspekti-

venwechsel schließt die Erkenntnis ein, dass die Konturen des vereinigten neuen Deutschlands inzwischen „gesetzt“ sind und den unhintergehbaren strukturellen, institutionellen sowie kulturellen Kontext für die weitere Gestaltung des Vereinigungs- und gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses bilden. Dies gilt auch da, wo im deutsch-deutschen Verhältnis unübersehbare Diskrepanzen bestehen. Hierzu gehören die unterschiedliche Dynamik der demografischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Ost und West, einschließlich stabiler und sich reproduzierender ökonomisch-sozialer Niveauunterschiede zwischen den beiden Landesteilen, eine unterproportionale Partizipation Ostdeutscher an den bundesdeutschen Eliten sowie Differenzen in den politischen, kulturellen und weltanschaulichen Werten und Normen sowie die bis heute bestehende Anerkennungsasymmetrie zwischen Ost und West.

Setzt man diese Phänomene in Beziehung zum Vereinigungsprozess, so erweisen sie sich teilweise als Ergebnis des politisch gewählten Pfades der Vereinigung (Grundmodell des Beitritts, der Inkorporation oder des Institutionentransfers), teilweise aber resultieren sie auch – und dabei sich wechselseitig verstärkend – aus allgemeinen sozialen (Verteilungs-)Mechanismen in sozial heterogenen Gesellschaften sowie säkularen Evolutionsprozessen auf nationaler, europäischer oder globaler Ebene. Eine politische „Arbeit“ an jenen Differenzen, die den Charakter sozialer Ungleichheiten tragen, bedarf nicht nur der Reflexion dieser komplexen Gründe und Entwicklungsdynamiken, sondern ist auch aufgefordert, alternative Entwicklungsziele und -szenarien zu entwerfen. Eine kritische Sozialwissenschaft kann diese Aufklärungs-, Findungs- und Abwägungsprozesse unterstützen.

In diesem Sinne wirft *Joachim Ragnitz* im einleitenden Beitrag die Frage auf, ob die den Ostdeutschen 1990 versprochene und von diesen als selbstverständlich erwartete „Angleichung der Lebensverhältnisse“ in absehbarer Zukunft noch gelingen kann. Alles in allem hält es der Autor für wenig wahrscheinlich, dass es, abgesehen von einigen wenigen Agglomerationsräumen, zur wirtschaftlichen Konvergenz Ostdeutschlands gegenüber Westdeutschland

kommen wird. Als Gründe dafür nennt er den insbesondere technologisch begründeten, inzwischen nahezu uneinholbaren und aufgrund steigender Skalenerträge sogar zunehmenden Abstand zwischen West- und Ostdeutschland bei zentralen Indikatoren der wirtschaftlichen Leistungskraft. Hinzu kommen historische und transformationsbedingte Spezifika Ostdeutschlands, welche die wirtschaftliche Entwicklung mittel- bis langfristig ungünstig prägen. Im Resümee wird die in der Überschrift des Beitrags gestellte Frage mit „Nein“ beantwortet. Ein ernstes „Problem“ sieht der Autor hierin aber nicht. Vielmehr scheint es ihm geboten, vom Konvergenzziel Abstand zu nehmen und nach alternativen Entwicklungszielen für Ostdeutschland zu suchen, wofür er mannigfache Anregungen gibt.

Hieran knüpft ein Aufsatz von *Raj Kollmorgen* an, der die Vertretung Ostdeutscher in den bundesdeutschen Eliten seit 1990 untersucht. Unter Aufnahme und Kritik vorliegender empirischer Erhebungen und Analysen sowie auf Basis eigener Recherchen wird gezeigt, dass Ostdeutsche auch nach fünfundzwanzig Jahren Vereinigung in fast allen Elite-Sektoren deutlich unterrepräsentiert sind. Zwar erhöhte sich die Zahl ostdeutscher Eliteangehöriger nach 1991 signifikant. Sie fand aber nicht nur auf einem niedrigen absoluten Niveau statt, sondern geriet auch in vielen Sektoren ab Mitte der 1990er Jahre ins Stocken. Nach dem vom Autor vorgenommenen Sample von Elitepositionen beläuft sich der Anteil Ostdeutscher heute (2012/2013) insgesamt auf etwa 6-8 Prozent. Dabei reicht die Spanne von ca. 20 Prozent im staatspolitischen Sektor bis unter 1 Prozent in den Sektoren Wirtschaft, Justiz oder Militär. Für diese Dynamik und Situation ist ein Bündel sozialer Ursachen und Mechanismen verantwortlich. Neben fallübergreifenden Gründen (quantitativer Minderheitenstatus, elitäre Selbstreproduktionsmechanismen) tragen vor allem der Modus und Pfad des Vereinigungsprozesses sowie unterschiedliche Typen der Elitenrekrutierung und -zirkulation zur (differenziellen) Marginalisierung Ostdeutscher bei. In Reflexion dieser Gründe, einschließlich bis heute wirksamer kultureller Marginalisierungsursachen, ist eine deutliche Steigerung der

Anzahl Ostdeutscher in den bundesdeutschen Eliten mittelfristig nicht zu erwarten.

Der nachfolgende Beitrag ist der wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands seit 1990 gewidmet. In ihm analysiert der Konjunktur- und Ostdeutschlandforscher *Udo Ludwig* die Ursachen dafür, warum der Aufholprozess der ostdeutschen Wirtschaft seit einem Jahrzehnt kaum mehr vorankommt und sich die Leistungsrückstände der ostdeutschen Wirtschaft verfestigen. Über die seit einiger Zeit diskutierten strukturellen Ursachen für diesen Tatbestand hinweg verortet der Beitrag den „eigentlichen“ Grund für die Stagnation des Aufholprozesses im Verlust des anfangs erzielten Modernisierungsvorsprungs der ostdeutschen Wirtschaft. Ausschlaggebend dafür sind vor allem die aus der Transformation der Zentralplanwirtschaft der DDR hervorgegangenen Eigentümer- und Größenverhältnisse der Produktions- und Dienstleistungsstätten. Diese haben dazu geführt, dass in der ostdeutschen Wirtschaft entschieden zu wenig Innovationen und zu geringe Investitionen realisiert wurden, wodurch Rückstände entstehen, die sich schließlich verfestigen und reproduzieren.

Einen anderen, aber nicht minder wichtigen Aspekt ausbleibender Konvergenz zwischen Ost- und Westdeutschland thematisiert *Ulrich Busch* in seinem Aufsatz zur Vermögensentwicklung in Deutschland seit 1990. Während sich die Ost-West-Relation der wirtschaftlichen Leistungskraft im Zeitverlauf um etliche Prozentpunkte verbessert hat und auch bei den Einkommen eine begrenzte Konvergenz zu beobachten ist, liegt die Vermögensrelation fünfundzwanzig Jahre nach der Vereinigung beinahe unverändert bei nur rund einem Drittel. Die Erklärung dafür wird einerseits in der für eine Vermögensangleichung entschieden zu geringen Konvergenz der Einkommen und der Sparquote gesehen, andererseits aber spiegelt sich hierin auch die Eigendynamik der Vermögen selbst wider. Hinzu kommt, dass die seit den 1980er Jahren stattfindende Polarisierung des Reichtums zu einer Vermögenskonzentration in westdeutschen Regionen geführt hat, während der Osten relativ arm geblieben ist. In dem Beitrag wird gezeigt, dass das West-Ost-Gefälle der privaten Vermögen eine Facette der seit

den 1980er Jahren zu beobachtenden Vermögenspolarisierung darstellt. Da die Vermögensdiskrepanz durch Vererbung auf die nächsten Generationen übergehen wird, ist hier auch für die Zukunft keine Konvergenz zu erwarten. Die deutsche Vereinigung ist daher unter dem Aspekt der Vermögensentwicklung, so erfolgreich sie auf anderen Gebieten auch gewesen sein mag, vorläufig als gescheitert anzusehen: Statt auf Konvergenz trifft man hier auf eine stabile Diskrepanz und auf regionale Divergenzen.

Den Schwerpunkt beschließt ein Beitrag von *Yve Stöbel-Richter, Markus Zenger, Elmar Brähler* und *Hendrik Berth*, der sich mit der Veränderung der Familiengründungsmuster in Ostdeutschland seit 1990 beschäftigt. Unmittelbar nach der Wende (1989) kam es zu einem massiven Geburtenrückgang in den ostdeutschen Bundesländern. Demographen und Sozialwissenschaftler diskutierten auch Tempoeffekte als Ursache und vermuteten, dass sich die reproduktiven Muster relativ rasch an die bestehenden westdeutschen anpassen würden. Auf Basis der 1987 begründeten Sächsischen Längsschnittstudie sowie weiterer empirischer Erhebungen setzen sich die Autorinnen und Autoren mit dieser These kritisch auseinander und zeigen auf, dass und inwieweit sich die Dynamik der Fertilitätsmuster auf Sozialisationsaspekte in der DDR zurückführen lassen. Zum Teil – so das Resümee – ähneln die neuen ostdeutschen Familiengründungsmuster zwar den westdeutschen, etwa hinsichtlich des Aufschubens von Heirat und Familiengründung. Zugleich zeigen sich aber auch in den jungen Generationen Eigentümlichkeiten, wie der nach wie vor vorhandene starke Wunsch nach Vereinbarkeit von familialen und beruflichen Werten, und Anforderungen, die sich nicht nur von den westdeutschen unterscheiden, sondern die seit den 1980 Jahren erkennbare Veränderungsdynamik in den alten Ländern mit unterstützt haben. Insofern haben wir es hier – wie in anderen sozialen Orientierungs- und Handlungsfeldern auch – mit einer wechselseitigen Beeinflussung und Konvergenz in den letzten Jahrzehnten zu tun.

Ulrich Busch, Raj Kollmorgen

Rainer Land

Generalreparatur der Weltwirtschaft

Referenz und Variation zu
Varoufakis' „Tod des Minotaurus“

Yanis Varoufakis hat 2012 (englisch 2011) eine Publikation vorgelegt, die nach Meinung vieler Rezensenten eine grundlegend neue Perspektive auf die Weltwirtschaft eröffnet: *Der globale Minotaurus. Amerika und die Zukunft der Weltwirtschaft*. Der wissenschaftliche Kern ist ein wirtschaftswissenschaftliches Modell der Weltwirtschaft, der *Globale Mechanismus zum Überschussrecycling* (GMÜR).

Hinter dem Buch stehen umfangreiche wissenschaftliche Forschungen und Publikationen, vor allem Y. Varoufakis, J. Halevi und N. Theocarakis: *Modern Political Economics* (London 2008, 536 Seiten, englisch). Es gibt auch einen Nachfolger: *Bescheidener Vorschlag zur Lösung der Eurokrise* (2015, geschrieben mit Stuart Holland & James K. Galbraith).

Der vorliegende Artikel referiert und kommentiert den Grundgedanken des *Globalen Minotaurus* in der Fassung von 2012 und versucht, Varoufakis' Modell der Weltwirtschaft, den GMÜR, mit dem historisch spezifischen Regime wirtschaftlicher Entwicklung zu verbinden, das Ulrich Busch und ich *Teilhabekapitalismus* (Busch, Land, 2013) genannt haben. Varoufakis unterscheidet für die Nachkriegszeit zwei grundsätzlich gegensätzliche Formen des globalen Überschussrecycling: den *Globalen Plan* (vom Zweiten Weltkrieg bis in die 1970er Jahre) und den globalen Minotaurus (1980er Jahre bis 2008). Interessanterweise fällt die erste Phase mit dem Aufstieg des Teilhabekapitalismus zusammen, die zweite hingegen mit dessen Erosion und Demontage. Diese Phase wird von vielen als *neoliberaler Kapitalismus* bezeichnet. Dabei handelt es sich allerdings m.E. nicht um ein stabil funktionsfähiges

Regime wirtschaftlicher Entwicklung. Auch Varoufakis' *Globaler Minotaurus* ist kein stabiles System des Überschussrecycling, der Zusammenbruch 2008 und die seitdem die Weltwirtschaft beherrschende schwere Depression sind notwendige Konsequenzen. Die Frage nach einem wieder (auf Zeit) stabilen Regime wirtschaftlicher Entwicklung (zu dem auch ein stabiler Mechanismus des Überschussrecyclings gehören müsste, wie wir dank Varoufakis lernen konnten) ist offen.

Der GMÜR

Der „Globale Mechanismus zum Überschussrecycling“ ist der theoretische Angelpunkt des Modells, das Varoufakis benutzt, um die Weltwirtschaft, ihre Geschichte, ihre Etappen seit dem New Deal und dem Zweiten Weltkrieg bis zur Weltwirtschaftskrise 2008 und der seitdem herrschenden schweren Depression zu erklären. Und der GMÜR steht auch im Mittelpunkt der abschließenden Überlegungen, wie es weiter gehen könnte. Denen möchte ich am Schluss eine bescheidene Variation hinzufügen.

Mit dem Konzept des GMÜR nehmen Varoufakis und die anderen Autoren von *Modern Political Economic* einen Perspektivwechsel vor. In der üblichen wirtschaftswissenschaftlichen Literatur werden Handels- und Leistungsbilanzüberschüsse bzw. -defizite als *Folgen* und *Konsequenzen* bestimmter wirtschaftlicher Entwicklungen dargestellt, als Folgen bestimmter Relationen von Produktivitäts- und Lohnentwicklung, abhängig von Wechselkursen und Handelsregularien. So gesehen erscheinen

Handels- oder Leistungsbilanzdifferenzen eher als ungewollte und temporäre Ausnahmen. Varoufakis dreht diese Perspektive um: Überschüsse und Defizite (im Export und Import von Waren und Leistungen und als Gegenstück im Import und Export von Kapital, dem Fluss von Geld, Wertpapieren, Staatsanleihen und Schuldtiteln) können dauerhaft auftreten und sogar anwachsen. Das aber ist nur möglich, wenn die Überschüsse laufend „recycelt“, d.h. in den Kreislauf zurückgeführt werden.

In der Regel entstehen in jeder Kapitalverwertungswirtschaft Überschüsse, d.h. zunächst, es wird mehr produziert als lokal, regional oder national konsumiert wird. Ohne Recycling, ohne Verwendung dieser Überschüsse würde es zu einer permanenten Überproduktionskrise kommen – ein Problem, mit dem sich schon Karl Marx, Rosa Luxemburg und ganze Heerscharen marxistischer und nichtmarxistischer Ökonomen herumgeschlagen haben. Jede Kapitalverwertungswirtschaft benötigt daher Verfahren, die die Überschüsse einer Verwertung zuführt, damit weiter produziert, neue Überschüsse erzeugt, Kapital dauerhaft verwertet werden kann. Zwischen Überschussregionen und Defizitregionen gibt es eine regionale Umverteilung der Überschüsse durch Steuern, Sozialversicherung und Wirtschaftsförderung, aber auch durch Berufspendeln und private Einkommenstransfers. Wie aber werden Überschüsse zwischen Volkswirtschaften recycelt?

Der GMÜR ist ein Mechanismus, ein Verfahren, das die Überschüsse weltwirtschaftlich umverteilt und sie so einer Verwertung zuführt, ohne die eine kapitalistische Weltwirtschaft nicht funktionieren könnte. Der GMÜR macht Überschüsse (und damit auch das Gegenstück: die Defizite, also Volkswirtschaften, in denen mehr verbraucht als produziert wird) funktional möglich, aber noch mehr: Überschüsse können absichtsvoll eingesetzte Mittel von Verwertungsstrategien, politischen Strategien und Wirtschaftskriegen werden. Es geht um Überschuss- oder Defizit-Strategien.

Mit dem Modell des GMÜR ist eine neue Perspektive auf die *Globalisierung* möglich: man blickt nicht aus einem einzelnen Land auf den Weltmarkt und die sich ausdehnenden globalen Produktionsnetzwerke, sondern aus der Per-

spektive der Globalisierung von oben auf die Weltwirtschaft und die einzelnen Länder. Eine solche „außerirdische“ Perspektive, (11: 66)¹ ist nur möglich, wenn die Beobachterplattform ein Fundament hat. Mit dem GMÜR ist ein solches konzipiert und erst damit wurde es möglich, die Weltwirtschaft nicht nur als Netz einzelner Volkswirtschaften zu betrachten, sondern eben auch und übergreifend als ein eigenes System. Der GMÜR ist der Apparat, der die Weltwirtschaft zu einem eigenen Wesen macht.

Ohne einen GMÜR kann es nach Varoufakis keine Weltwirtschaft geben. Allerdings hat jede der drei Globalisierungen einen anderen GMÜR. Die Globalisierung, die im 19. Jahrhundert begann und in der Deglobalisierung nach der Weltwirtschaftskrise und der Depression von 1929 bis 1936 endete, gründete auf dem Goldstandard.² Varoufakis behandelt ausführlich den GMÜR der zweiten Globalisierung, die auf dem New Deal aufbaute und nach dem Zweiten Weltkrieg begann, und den der dritten Globalisierung, die nach 1971 begann und in der Weltwirtschaftskrise von 2008 und der seitdem herrschenden Weltwirtschaftsdepression endete.

Die zweite Globalisierung beginnt mit einem Vorspiel: dem New Deal und dem Zweiten Weltkrieg. Den GMÜR dieser Periode nennt Varoufakis den „Globalen Plan“. Bevor wir diesen GMÜR skizzieren, soll dessen wirtschaftliche Grundlage angerissen werden. Diese behandelt Varoufakis nicht, ich referiere aus (Busch, Land 2013). Der Ausweg aus der großen Depression der 1930er Jahre war ein neues „Regime wirtschaftlicher Entwicklung“, das Ulrich Busch und ich „Teilhabekapitalismus“ genannt haben – im Unterschied zum Kapitalismus der Ausbeutung durch „relative Mehrwertproduktion“ (Karl Marx) im 19. Jahrhundert und dem imperialistischen Kapitalismus des Finanzkapitals, des Kapitalexports und des Kolonialismus (Rudolf Hilferding, Rosa Luxemburg) im Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert.

Der Teilhabekapitalismus

Der Teilhabekapitalismus beruhte auf der Kombination eines Produktionsmodells, der

fordistischen Massenproduktion, mit einem Lohnregulationsmodell, der Kopplung der Masseneinkommen (Lohn und Transfer-einkommen) an die volkswirtschaftliche Produktivität. Die Massenproduktion wurde in der Produktion von Kriegsgerät im Ersten Weltkrieg zum dominanten Produktionsmodell, sie setzt die Verselbständigung der Forschung und Entwicklung (als Innovationstyp) und der Produktionssteuerung voraus. Dadurch wurde es möglich, systematisch Innovationsprozesse zu gestalten und die hohen Innovations- und Gemeinkosten auf sehr viele „automatisch“ hergestellte Produkte (Maschinerie, Fließbänder, Taktstraßen, Roboter, automatisierte Fabrik) zu verteilen. Die Produktivität wurde durch damit verbundene Skaleneffekte enorm gesteigert und die Kosten der in Massenproduktion hergestellten Produkte waren niedrig. Je größer die Produktmenge, desto billiger das einzelne Produkt – daher ist die Kombination von Massenproduktion und Weltmarkt, der große Stückzahlen absetzbar macht, so erfolgreich.

Fordistische Massenproduktion

Fordistisch ist Massenproduktion dann, wenn das Prinzip auf Konsumgüter, Massenverbrauchsgüter, angewendet wird, auf solche Güter, die in die Konsumtion der Lohnarbeiter eingehen. Dies ist ein entscheidender Unterschied zur Massenproduktion von Kanonen, Panzern und Bomben. (1) Der Preis der Massenkonsumgüter geht in den Preis der Arbeitskraft ein. Die Kosten der Reproduktion der Arbeitskraft fallen daher mit der Ausbreitung der fordistischen Massenproduktion.³ Der andere Effekt (2) betrifft die Nachfrage nach Massenkonsumgütern. Steigt die volkswirtschaftliche Lohnsumme, dann erhöht sich die Nachfrage nach genau den für die Reproduktion der Arbeitskraft notwendigen Konsumgütern, nicht aber die nach Kanonen, Bomben oder Luxuskarossen. Damit hat die Massenproduktion von Konsumgütern zwei Effekte: Sie senkt die Lohnuntergrenze und erhöht zugleich den Spielraum für Realloohnerhöhungen, weil sie die Produktivität steigert. Und sie schafft eine *positive Rückkopplung* zwischen Massenpro-

duktion und Lohn: Je mehr die Löhne steigen, desto mehr Massenproduktion ist möglich und umso mehr sinken die Kosten und steigen die Löhne – und ermöglichen noch mehr Massenproduktion. *Fordismus* heißt dieses Regime wirtschaftlicher Entwicklung, weil Henry Ford als erster den Effekt der positiven Rückkopplung von Produktivitätssteigerung und Nachfragesteigerung durch steigende Löhne zu einer Unternehmensstrategie machte: Der „Ford“ sollte so billig und die Löhne so hoch sein, dass auch Arbeiter als Käufer in Frage kamen.

Lohn und Produktivität

Die Kopplung von Produktivität und Lohn, die Heiner Flassbeck „Goldene Lohnregel“ nennt, war im Kapitalismus vor dem New Deal nicht gegeben und sie ist aus marxistischer Sicht ein Unding.⁴ Rosa Luxemburg hat sich mit dem Problem herumgeschlagen: Die Akkumulation von Mehrwert unter den Bedingungen der relativen Mehrwertproduktion (also bei hinter der Produktivität zurückbleibenden Löhnen) führt zu Überschüssen, die nicht ohne Weiteres reinvestiert werden können. Kolonialismus, Kapitalexpert und Krieg sind daher aus ihrer Sicht notwendige Folgen der Kapitalakkumulation. Dank Varoufakis wissen wir heute, dass sich Rosa Luxemburg mit einer Variante des GMÜR herumgeplagt hat.

Tatsächlich aber war es der New Deal, der Produktivität und Löhne aneinander koppelte und mit dem Teilhabekapitalismus den volkswirtschaftlichen Rahmen schuf, in dem sich die fordistische Massenproduktion entfalten und zum bestimmenden Produktionsmodell werden konnte. Nach dem 2. Weltkrieg wurde dieses Regime Wirtschaftlicher Entwicklung auf die ganze (westliche und fernöstliche) Welt übertragen – und zwar im Rahmen des von Varoufakis sogenannten „Globalen Plans“, dem Konzept der 2. Globalisierung.

Der New Deal

Das Grundmodell des Teilhabekapitalismus, die Kopplung von Produktivitäts- und Lohnsteigerung (inklusive Transfereinkommen⁵), entstand als Ausweg aus der Depression der

frühen 1930er Jahre. Voraussetzung war die Erkenntnis in einem relevanten Teil der Wirtschafts- und Politikeliten und der Bevölkerung der USA, dass Austeritätspolitik und Deflation kein Ausweg aus der Depression sind, sondern die Krise immer weiter vertieften. Es ist kein Zufall, dass Varoufakis in seinen zu lobenden Lektüreempfehlungen nicht nur auf wichtige wissenschaftliche Texte verweist, sondern auch empfiehlt, „dass jeder Leser, der *Die Früchte des Zorns* noch nicht kennt, die Lektüre nachholen sollte. Kein anderes Buch, vor allem keines von einem Ökonomen, vermittelt besser, was eine Krise mit den Menschen macht – was es wirklich bedeutet, zum Spielball der unkontrollierten Kräfte einer Rezession zu werden.“ (16: 11)

Die Lage der amerikanischen Bevölkerung, die Massenbewegungen und eine Minderheit der politischen und wirtschaftlichen Eliten waren es, die 1933 mit der Wahl von Franklin D. Roosevelt zum Präsidenten die Suche nach einer anderen Strategie zur Krisenbewältigung einleiteten. Allerdings gab es keinen Masterplan. Der New Deal wurde in einem Such- und Rekombinationsprozess von verschiedenen Menschen in einem mehrere Jahre dauernden Prozess der Auseinandersetzung und des politischen Kampfes erarbeitet und erfunden. Drei seien genannt: Arbeitsministerin Frances Perkins, die gegen erheblichen Widerstand die Grundlegung des amerikanischen Sozialstaats durchsetzte, Senator Robert F. Wagner, der mit dem Wagner Act 1935 die Arbeiter stärkte durch Anerkennung der Gewerkschaften als Tarifpartei und Einführung einer öffentlich finanzierten Arbeitslosenversicherung, und John Kenneth Galbraith, als junger Mann einer der Mitarbeiter von Roosevelts New Dealern und später Berater von John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson; er leitete von 1940 bis 1943 die am heftigsten bekämpfte neu geschaffene Behörde des New Deal, die Aufsichtsbehörde für Löhne und Preise, die Deflation verhindern, notwendige Lohnsteigerungen unterstützen und Inflationsgefahren kontrollieren sollte.

Natürlich war John Maynard Keynes sehr wichtig. Er kam zwar erst dazu, als die Grundidee des New Deal praktisch stand, aber seine Theorie und sein persönliches Engagement

stärkten die New Dealer und gaben ihnen Selbstvertrauen. „Die notwendigen Gesetze wurden 1935 verabschiedet. Sie waren damit dem weltweit größten Angriff auf das orthodoxe ökonomische Denken [gemeint ist das Erscheinen von Keynes' *General Theory*, R.L.] (...) um ein Jahr voraus. Weder die Wirtschaftspolitik noch die Volkswirtschaftslehre würde jemals wieder die gleiche sein wie vorher. Niemand, der diesen Umschwung gesehen und erlebt hat, hat jemals dieses Leuchten vergessen. Wir haben der Schöpfung beigewohnt.“ (Galbraith 1995: 116f.)

Der Erfolg des New Deal stellte sich nicht schnell ein. Erst 1940 sank die Arbeitslosigkeit unter 15 % und erst nach dem Kriegseintritt der USA wurde Vollbeschäftigung erreicht. Dann aber kam es zu dem größten wirtschaftlichen Aufschwung aller Zeiten, dessen Wirkung bis in die 1960er und 1970er Jahre reichte. Wenn es richtig ist, dass die Verbindung der Massenproduktion mit der Kopplung der Löhne an die Produktivität das Geheimnis dieses Booms war, dann wäre meine These, dass die Maßnahmen des New Deal, vor allem die Mechanismen, die steigende Löhne stützen und fallende Löhne erschweren sollten, erst zusammen mit einem *kreditfinanzierten Investitionsprogramm* eine dynamisierende Wirkung entfalten konnten. Erst mit dieser zusätzlichen, wenn man so will, *künstlichen* Nachfragesteigerung war es möglich, den Innovations- und Investitionsschub auszulösen und zu finanzieren, mit dem die neuen Produkte und Verfahren entstanden, die für eine Vervielfachung von Produktion und Konsum erforderlich waren. Und erst diese zusätzlichen Investitionen schufen die Nachfrage nach Arbeitskräften, die den Arbeitsmarkt räumten und die Löhne anhoben.

Natürlich hatte man kreditfinanzierte Investitionen schon seit 1933 versucht⁶, aber in zu geringem Maße. „Keynes hatte mehrfach versucht, Roosevelt von einem Konjunkturstimulus durch Deficit spending zu überzeugen. Roosevelts Brain Trust war jedoch von Anfang an gespalten in Befürworter der Strategie, die Depression durch höhere Staatsausgaben zu bekämpfen, und in Befürworter der Strategie, durch Haushaltskürzungen einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Zu letzteren

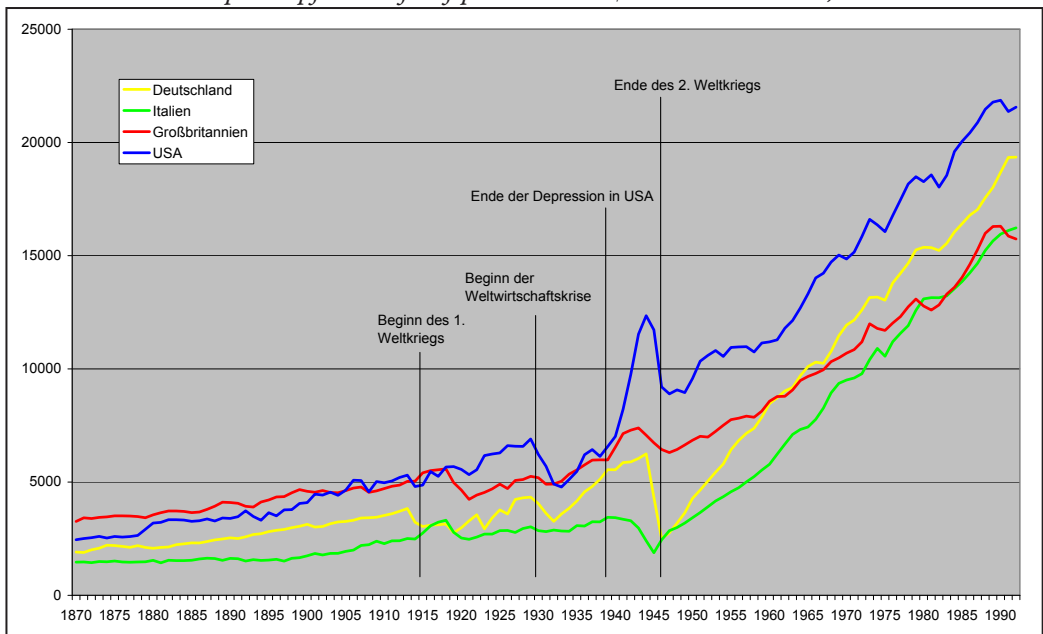
gehörte insbesondere der Finanzminister Henry Morgenthau. Im Ergebnis wurde zwischen 1933 und 1941 in den Vereinigten Staaten nicht die von Keynes empfohlene antizyklische Fiskalpolitik betrieben.“ (http://de.wikipedia.org/wiki/New_Deal, 31.05.2015, 12:55).

Zuweilen wird behauptet, es sei nicht der New Deal, sondern der Krieg, der den US-amerikanischen Aufschwung in Gang gesetzt hätte.⁷ Meine These ist, dass erst die heraufziehende Notwendigkeit, in den 2. Weltkrieg einzugreifen, zunächst Großbritannien im Kampf gegen das Hitler-Regime durch gewaltige Lieferungen an Rüstungs- und Industriegütern, Lebensmitteln und Treibstoffen zu unterstützen und dann die eigene Aufrüstung und der Kriegsverbrauch selbst die Hemmschwelle gegen große kreditfinanzierte Investitionsprogramme beseitigte. Als es um Sieg oder Niederlage, um Leben und Tod und um die neue Rolle der USA als Führungsmacht des Westens ging, konnte der Widerstand gegen die Staatsschulden gebrochen werden. Aufrüstung und Mobilmachung trieben die Nachfrage. Arbeitskräfte wurden knapp. Frauen gingen in die Fabriken – und

die Löhne und mit ihnen der Massenkonsum stiegen und stiegen und stiegen. Seit 1940 und während des Kriegs wuchs nicht nur die Rüstungsproduktion, sondern auch der private Konsum in nie gekanntem Maße. Die mit der Massenproduktion innovationsbasiert rasch steigende Leistungsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft ermöglichte beides und nur beides zusammen konnte funktionieren. Wären Rüstung und Kriegseintritt kombiniert worden mit „Gürtel enger schnallen“, dann hätte die amerikanische Bevölkerung nicht lange mitgemacht. Aber es ging aufwärts mit den Einkommen und das war nach der langen Depression wie ein Wunder. Der Eintritt der USA in den Krieg führte zum bis dahin größten Konsumrausch und dies setzte den Regulationsapparat des Teilhabekapitalismus in Gang.

Nach Kriegsende ging das Einkommenswachstum zwar kurzfristig etwas zurück (siehe Abbildung 1), holte aber bald wieder auf. Dann aber breitete sich das US-amerikanische Konsumwunder auch in Westeuropa und Japan aus und schuf neue Absatzmärkte für die prosperierende US-amerikanische Wirtschaft.

Abb. 1: Einkommen pro Kopf in Kaufkraftparitäten. US\$ 1870-1992. Busch, Land 2013: 11



Die dabei entstandene globale Dynamik hielt fast ohne Krisen 25 Jahre an.

Allerdings konnte diese Anschubwirkung der kriegsbedingten Kreditaufnahme nur eintreten, weil durch die rechtlichen, politischen und fiskalischen Innovationen des New Deal der Rahmen für den neuartigen Regulationsmechanismus entstanden war.

Der Globale Plan

Der *Globale Plan* institutionalisierte einen bestimmten neuen GMÜR, das ist eine der zentralen Entdeckungen von Varoufakis. Er stellt ganz richtig fest, dass es die New Dealer waren, die in der Nachkriegszeit den „Globalen Plan“ erdacht und verwirklicht haben. (Inwieweit der Globale Plan erdacht wurde und in welchem Maße die praktische Funktionsweise dieses GMÜR dann in einem Evolutionsverfahren durch Variation, Selektion und Rekombination *entstanden* ist, sei hier dahingestellt). Ohne diesen GMÜR wäre die Globalisierung des amerikanischen Wirtschaftsmodells nicht möglich gewesen.

Hier gibt es nun einen wichtigen Widerspruch zum Modell des New Deal, der sich aber lösen lässt. Der GMÜR ist ein globaler Mechanismus, der Überschüsse recycelt. In dem skizzierten Modell des Teilhabekapitalismus, dessen Regulation durch den New Deal formiert wurde, soll es aber eigentlich keine Überschüsse geben: Wenn die Löhne mit der Produktivität steigen, sollte der Verbrauch im Prinzip der Produktion entsprechen, vorausgesetzt, die Ersparnisse sind nicht größer als die Investitionen. Überschüsse im Außenhandel gibt es hingegen nur, wenn die Lohnentwicklung wenigstens etwas hinter der Produktivität zurückbleibt. Dann nämlich steigt die Nachfrage etwas langsamer als die Produktion, ein Teil der Produkte kann im Binnenmarkt nicht abgesetzt werden⁸ und steht als Überschuss im Außenhandel zur Verfügung.

Bilanzüberschüsse und -defizite

Genau dies Modell ist es, das im Zentrum des GMÜR-Konzepts von Varoufakis steht: Eine

Weltwirtschaft, die nicht auf ausgeglichene Handels- und Leistungsbilanzen, sondern auf die Permanenz von Überschüssen – und Defiziten – gebaut ist. Ein Überschuss kann nur exportiert werden, wenn ein anderer Akteur der Weltwirtschaft ein Defizit hat, also mehr importiert, als er exportiert, mehr konsumiert, als produziert.⁹

Was passiert nun, wenn im Handel zwischen Ländern Überschüsse und Defizite entstehen? Die Akteure in dem Land mit dem Handelsbilanzüberschuss haben Einnahmen in fremder Währung, die sie in die eigene Währung umtauschen müssen, um ihre Arbeiter zu bezahlen und Rohmaterial auf dem Binnenmarkt zu kaufen. In den Banken sammeln sich diese Devisen. Überschussrecycling muss nun im zweiten Schritt bedeuten, diese Devisen zurück in die Länder zu transferieren, die Handelsbilanzdefizite haben, weil sie nur dann in der Lage sind, erneut Waren und Leistungen zu importieren und Überschüsse abzunehmen. Wie kann das geschehen? Erstens durch Transfers, z.B. durch Wirtschaftsförderung und Zuwendungen: die Überschussländer schenken den Defizitländern die Mittel, mit denen sie die Überschüsse abnehmen können – analog zum Finanzausgleich innerhalb einer Volkswirtschaft. Im Prinzip werden die Überschüsse also „verschenkt“. Zweitens können die Mittel durch Kapitalexport in Form von Direktinvestitionen transferiert werden. Akteure der Überschussländer erwerben Anteile an Immobilien, Unternehmen oder anderen Ressourcen in den Defizitländern. Drittens durch Vergabe von Krediten an die Defizitländer. Viertens schließlich durch die Emission von Wertpapieren. Es ist nicht zweckmäßig, Devisen zu horten. Ihre Lagerung kostet Geld und sie bringen keine Zinsen. Deshalb werden Devisenguthaben aus dem Außenhandel überwiegend in *Wertpapiere ausländischer Schuldner* angelegt, die Banken, Fonds, Staaten oder Privatanleger des Überschusslands im Ausland kaufen, z.B. Staatsanleihen, Unternehmensanleihen o.ä. Dies ist eine andere Form des (indirekten) Kapitalexports. Überschüsse werden also entweder verschenkt oder man erwirbt dafür Anteile an realem Eigentum im Defizitland oder man erwirbt Wertpapiere – vir-

tuelles Eigentum, Papiere, die allerdings niemals vollständig in Sachvermögen zurückverwandelt werden können, wenn das Recyclingsystem sonst zusammenbrechen würde.

Dem Zustrom an ausländischem Geld aus Handelsbilanzdifferenzen entspricht so ein Abstrom an ausländischem Geld, für das Finanzanlagen, Titel auf ausländische Schuldner oder seltener Realvermögen im Ausland (Grundstücke, Fabriken) erworben wird. Die Handelsbilanzdifferenz führt also dazu, dass in dem Überschussland Finanzguthaben, sogenannte Wertpapiere (tatsächlich sind es Schuldtitel) aufgehäuft werden, während Unternehmen, Privatleute oder der Staat in den Defizitländern sich verschulden. Hat ein Land in 5 Jahren einen Handelsbilanzüberschuss von 100 Milliarden Dollar aufgehäuft (also auf dem Weltmarkt für 100 Milliarden weniger Waren gekauft als verkauft), dann hat es dafür einen Berg von Wertpapieren in eben dieser Höhe angeschafft. Reale Waren gegen Schuldscheine, das ist das Prinzip. Natürlich kann man Überschüsse oder die Einnahmen aus den Überschüssen auch verschenken – dies ist ein wichtiger Punkt des Globalen Plans.

Zunächst ist festzuhalten, dass ein stabiler und gleichgewichtiger Welthandel *eigentlich* nur funktioniert, wenn die Handels- und Leistungsbilanzen mittelfristig ausgeglichen sind, also „keiner über oder unter seinen Verhältnissen lebt“, wie Heiner Flassbeck formuliert¹⁰, also jeder Handelspartner seine Löhne entsprechend seiner Produktivität gestaltet. Dann, so Flassbeck, können auch Länder mit unterschiedlicher Produktivität, unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen und unterschiedlichen Wachstumsraten miteinander Handel treiben. Und sogar eine gemeinsame Währung in mehreren eigenständigen Volkswirtschaften wie in der Eurozone sollte nach Flassbeck ohne Transferunion möglich sein, vorausgesetzt es gelänge, eine einheitliche Inflationsrate mittels gleicher Lohnstückkostensteigerungen durchzusetzen, und zwar durch eine abgestimmte Lohnpolitik, bei der die jeweiligen nationalen Lohnsteigerungen der jeweils nationalen Produktivitätsentwicklung entsprechen.

Dauerhafte Überschüsse sind nur möglich, wenn der Regulationsapparat nicht richtig, d.h.

lehrbuchgemäß, funktioniert oder – und das ist jetzt ganz wichtig – wenn man seine Funktionsweise (z.B. Wechselkurse oder Lohnniveaus) aus strategischen Gründen *manipuliert*, und zwar mit dem Ziel, dauerhaft Überschüsse oder Defizite zu machen. Genau dies aber – so Varoufakis – ist nach dem Zweiten Weltkrieg passiert. Und genau das wird derzeit weiter versucht, und zwar von Deutschland, aber auch von anderen Überschussländern. Aber auch eine Defizitposition lässt sich unter bestimmten Voraussetzungen strategisch nutzen, wie zu zeigen sein wird. Überschüsse und Defizite können intendierte strategische Waffen im Wirtschaftskrieg sein.

Überschussrecycling

Varoufakis These lautet: „Überschussrecycling ist ein integraler Bestandteil jeder Gesellschaft, die ihre Produktion über Märkte organisiert“ (3: 18). Es sieht so aus, als ob Varoufakis die Möglichkeit der Regulierung, Begrenzung und Vermeidung von Überschüssen und Defiziten in einer Währungsunion durch entsprechende differente, aber den jeweiligen Produktivitätsdifferenzen entsprechende Lohnentwicklungen, nicht oder nur ausnahmsweise für möglich hält. Er schreibt: „Überschussrecycling ist jedoch umso dringender, wenn unterschiedliche Regionen durch eine gemeinsame Währung oder eine Form fester Wechselkurse aneinander gebunden sind. Die hartnäckigen Defizite und Überschüsse in einer solchen Währungsunion sind wie tektonische Platten, die aneinander reiben. Wenn die Spannung nicht mehr durch eine Abwertung abgebaut werden kann, bedrohen die durch übermäßige Handelsungleichgewichte erzeugten Kräfte die Union mit immer stärkeren Erdbeben. Da der Weg versperrt ist, die wachsenden Defizite der »armen Verwandten« in der Union durch eine Abwertung zu verringern, wird der Druck auf den festen Wechselkurs oder die gemeinsame Währung immer weiter zunehmen, bis das System zusammenbricht. Das passierte Ende der 1990er-Jahre in Argentinien, als ohne einen Mechanismus zum Überschussrecycling das immer größere Handelsbilanzdefizit schließlich den festen Wechselkurs zum US-Dollar zu

Fall brachte. Die gleiche negative Dynamik ist gegenwärtig in der Eurozone am Werk.“ (8: 22)

Das Ideal einer Regulation, die kleine Überschüsse und Defizite ausgleicht und das Entstehen größerer Differenzen verhindert, also einen dauerhaft ausgeglichenen Welthandel auch zwischen Ländern mit unterschiedlichem Produktivitäts- und Industrialisierungsniveau ermöglicht, wurde bei der Gründung des Systems von Bretton Woods verfolgt, insbesondere von Keynes. Dazu aber kam es nicht: „Die Vereinigten Staaten, seit dem Krieg das Machtzentrum der Welt, hatten kein Interesse, ihre Möglichkeit, große, systematische Handelsbilanzüberschüsse gegenüber dem Rest der Welt anzuhäufen, einschränken zu lassen.“ (8: 33) Die New Dealer der zweiten Generation wollen ihre Überschüsse gezielt politisch einsetzen können.

Überschussrecycling als Instrument der US-Hegemonie

Systematische Handelsbilanzüberschüsse, die die USA mit ihrer sehr hohen Produktivität auch bei hohen Löhnen erzielen konnten, wenn diese nur ein wenig unterhalb der goldenen Lohnregel standen¹¹ (und trotzdem weit über den Löhnen fast aller anderen Länder), konnte man recyceln, indem man anderen Ländern half – mit Finanzspritzen: Geschenken, Krediten, Direktinvestitionen. Ein kleiner, allerdings nicht unbedeutender Teil dieser Überschüsse wurde auf diese Weise in Auslandsvermögen amerikanischer Unternehmen, Privater oder des Staates umgewandelt und konnte wirtschaftlich und politisch instrumentalisiert werden. Das war der globale Plan: Export des New Deal und des amerikanischen Wirtschaftssystems, der amerikanischen Kultur, Stabilisierung der Welt auf amerikanischer Grundlage durch systematische Erzeugung und Nutzung von Überschüssen, die andere notwendigerweise in eine abhängige Defizitposition brachten, mit der sie auf amerikanische Hilfen, Kredite, Geschenke angewiesen waren.

„Der Globale Plan begann als Versuch, dem internationalen Handel einen Anstoß zu geben, Märkte für die amerikanischen Exporte zu schaffen und dem Mangel an internationalen

Investitionen durch private US-Firmen abzuhehlen. Aber schon bald war etwas Größeres und vermeintlich Besseres daraus geworden.“ (8: 34) Amerika etablierte zwei Vasallen, die ebenfalls Überschussproduzenten werden sollten, um das neue Weltwirtschafts- und Politiksystem auszubauen und abzusichern: Deutschland als Anker in Europa und Japan in Asien. Aus den ehemaligen Kriegsgegnern wurden nicht zufällig Partner im *Globalen Plan*.

Die Akteure des Globalen Plans waren auch die Architekten des Kalten Krieges. „Überzeugt davon, dass die »freie Marktwirtschaft« von Washington akribisch geplant werden musste, und zwar in einer Weise, die sich nicht sehr von der erfolgreichen Steuerung der Kriegswirtschaft unterschied, versuchten sie, das Erfolgsrezept, das Amerika aus der Flaute gerettet hatte, auf eine große Leinwand zu übertragen. Sie waren entschlossen, den Frieden zu gewinnen, und wollten die US-Wirtschaft durch eine Kombination von Eingriffen im Stil des New Deal und von technischen Fortschritten des militärisch-industriellen Komplexes stärken.“ (8: 48¹²)

Für den Marshallplan, ein zentrales Element des globalen Plans, wendeten die Amerikaner etwa 2 Prozent ihres BIP auf und leiteten einen Prozess der wirtschaftlichen Integration in Europa ein, dessen Ergebnis die Europäische Union ist – und die auf einer Handelsbilanzüberschüssen gegründete starke Rolle Deutschlands. Varoufakis nüchterne Einschätzung dieser Politik soll noch zitiert werden: „Im Verlauf der Entwicklung konnten sich die amerikanischen Energiemultis und Bergbaukonzerne zu den Gewinnern zählen, ebenso viele weitere Sektoren der amerikanischen Industrie. Doch die Architekten des Globalen Plans hatten weit mehr im Blick als nur die Interessen amerikanischer Unternehmen. Ihre kühnen Bestrebungen, die Kapitalakkumulation in fernen Ländern zu fördern, die ihnen (im engeren Sinn) weder persönlich noch politisch etwas bedeuteten, ist nur zu erklären, wenn wir das Gewicht der Geschichte berücksichtigen, unter dem sie agierten. ... Um die moralischen Ansprüche der New-Deal-Politiker zu verstehen, müssen wir einen Augenblick innehalten und uns anschauen, was sie in ihrer eigenen (nicht allzu fernen) Vergangenheit bewegt hat-

te: Die Weltwirtschaftskrise hatte ihr Denken geprägt. Der Globale Plan ... war das Werk von Menschen, die einer beschädigten Generation angehörten – einer Generation, die Armut erlebt hatte, ein tiefes Gefühl des Verlusts, die Ängste, die der Beinahe-Zusammenbruch des Kapitalismus auslöste, und anschließend einen unmenschlichen Krieg.“

Der Globale Plan galt etwa von 1950 bis 1971. „Rückblickend betrachtet, war der Globale Plan nach den Maßstäben eines Großprojekts ein voller Erfolg. Das Ende des Zweiten Weltkriegs stürzte die Vereinigten Staaten und die übrigen Staaten im Westen nicht in eine neue Rezession (wie man es nach dem Auslaufen der Kriegsausgaben befürchtet hatte); stattdessen erlebte die Welt eine Zeit legendären Wachstums. ... Während der Globale Plan erlassen wurde, um die amerikanische Hegemonie zu etablieren und zu sichern, zahlten die Vereinigten Staaten glücklich den Preis, der darin bestand, gezielt die Nachfrage und die Kapitalakkumulation im Ausland zu fördern, insbesondere in Japan und Deutschland. Um Wohlstand und Wachstum in Amerika zu sichern, gab Washington bereitwillig einen Teil des globalen »Kuchens« an seine Protegés ab: Die Vereinigten Staaten verloren in der Ära des Globalen Plans beinahe 20 Prozent ihres Anteils am Welteinkommen ...“ (8:109).

Der Minotaurus kommt in die Welt

Für das Scheitern des Systems von Bretton Woods¹³ und des Globalen Plans ist der Vietnamkrieg ein Schlüsselereignis. Die gemeinsamen Kosten von Vietnamkrieg und *Great Society*¹⁴ überstiegen die Leistungskraft der Vereinigten Staaten, die zudem nicht mehr so schnell wuchs (waren das erste Anzeichen institutioneller Sklerose nach Olsen?). Die Verbindlichkeiten der USA stiegen auf ein Mehrfaches ihrer Dollarreserven.

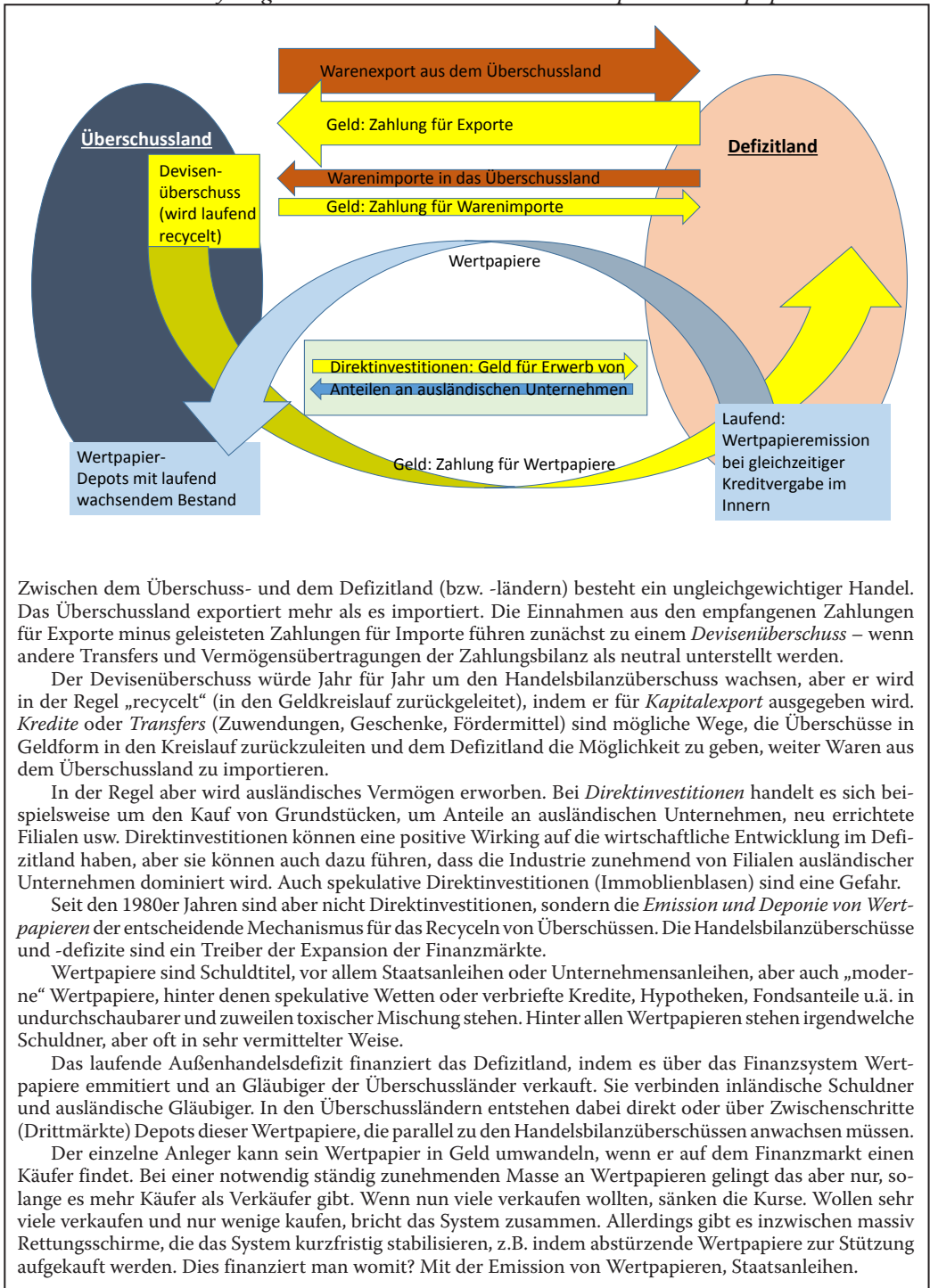
Der eigentliche Abgang ist bekannt: Nixon musste die Konvertierbarkeit von Dollar in Gold kündigen. Am 15. August 1971 verkündete er damit das faktische Ende von Bretton Woods: „Und damit endete auch der Globale Plan.“ (9:17) Nicht nur der Kurs für Gold, alle Devi-

senkurse und insbesondere auch der Ölpreis gerieten außer Kontrolle. Die USA wurden aus einem Überschuss- zu einem Defizitland. Es ging darum, das doppelte Defizit, das Handelsbilanzdefizit und das Staatshaushaltsdefizit der USA zu finanzieren, und zwar ohne die Steuern zu erhöhen oder die Staatsausgaben zu reduzieren. Die weltweiten Überschüsse, darunter nicht zuletzt die Öldollars, mussten in die USA zurückfließen. Der Minotaurus der griechischen Mythologie ist ein Jüngling und Jungfrauen verschlingendes Ungeheuer. Als GMÜR verschlingt der Minotaurus Handelsbilanzüberschüsse. Er zieht die für gekaufte Waren ausgegebenen US-Dollars in die USA zurück, indem er sie in Wertpapiere umwandelt, die auf Finanzmärkten zirkuliert und in Banken und Fonds der Überschussländer, der Gläubiger der USA, deponiert werden. So hält der Minotaurus ein endloses Kettenpiel mit papiernen oder elektronischen Schuldtiteln am Laufen, das solange funktioniert, wie alle mit den Wertpapieren zufrieden sind und keine wirklichen Sachwerte dafür haben wollen. Das Recyclen von Überschüssen in Wertpapiere hatte aber zwei Voraussetzungen:

(1.) Die US-Firmen mussten wettbewerbsfähiger werden als ihre Wettbewerber vor allem in Japan und Deutschland, weil sonst das Handelsbilanzdefizit unkontrolliert steigen würde und der Dollar einem permanenten Abwertungsdruck ausgesetzt gewesen wäre, der seine Rolle als Weltwährung und die Funktionsweise des Minotaurus irgendwann untergraben hätte. Die USA-Regierung versuchte daher, die Arbeitskosten im Inland zu drücken – weltweit ging dabei die fordistische Kopplung von Produktivität und Löhnen in die Brüche. Die Löhne in allen entwickelten kapitalistischen Industrieländern stiegen seit den 1980er Jahren langsamer als die Produktivität und seit den 1990er Jahren in vielen Ländern gar nicht mehr (vgl. Busch Land 2013: 118 ff. Tabellen). Es begann ein Wettlauf um niedrige Arbeitskosten.

(2.) mussten die Zinsen in den USA tendenziell höher sein als an anderen Finanzplätzen, damit das überschüssige Geldkapital an die Wall Street floss, um dort in amerikanischen Wertpapieren, also in Staats- und Unterneh-

Abb. 2: Überschussrecycling durch Emission und wachsende Depos von Wertpapieren.



mensanleihen und später in diversen kreativen Finanzprodukten angelegt zu werden. Der Strom der Überschüsse hat also technisch gesehen drei Komponenten:

Es fließen Waren und Leistungen aus anderen Volkswirtschaften in die USA, darunter eben auch Öl und Rohstoffe, aber auch Industrie- und Konsumgüter. Die USA sind Nettoimporteur, es entsteht ein Handelsbilanzdefizit.

Die Dollars, die die ausländischen Unternehmen beim Export in die USA (oder in andere Länder) eingenommen haben, fließen an die Wall Street, an den Finanzplatz mit den höchsten Zinsen (und in gewissem Maße auch an andere Finanzplätze).

Dort werden mit den Dollars Wertpapiere, Schuldtitel, gekauft, und zwar im Mittel genau so viele, wie nötig sind, um das Handels- und Leistungsbilanzdefizit zu decken, weil die Käufer der importierten Waren und Leistungen per Saldo natürlich genau so viel Schulden machen müssen, wie sie mehr importieren, als sie exportieren. Diese Schuldtitel fließen ins Ausland ab (d.h. Ausländer sind deren Eigentümer). Sofern der Staat Käufer von Waren und Leistungen ist, werden Staatsanleihen emittiert, um die Differenz zwischen (Steuer) Einnahmen und Staatsausgaben zu finanzieren.¹⁵

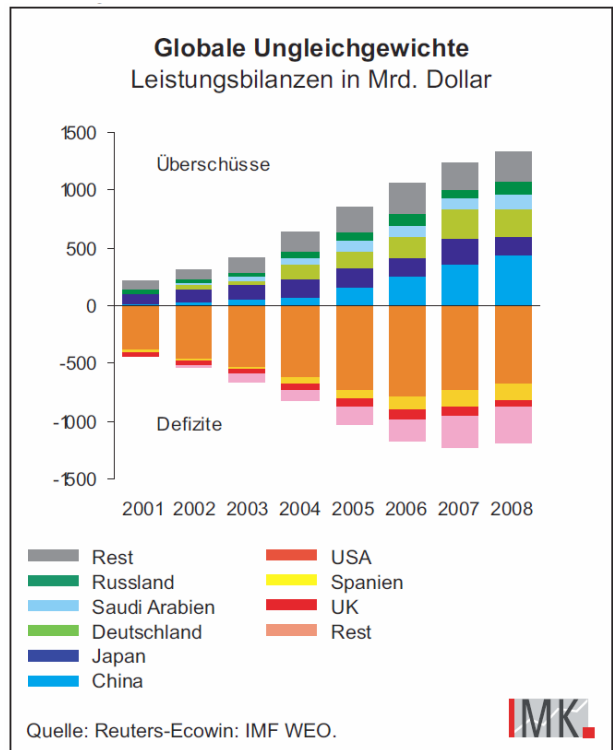
Die Eigentümer amerikanischer Schuldtitel sind erst einmal gut bedient, denn diese können an allen Finanzplätzen der Welt recht problemlos in Geld umgewandelt werden. Allerdings nicht summa summarum. Würden alle „ihr Geld zurück“ haben wollen, würden die Finanzmärkte zusammenbrechen. Solange ein Handelsbilanzdefizit vorhanden ist, müssen summa summarum auch die ins Ausland abfließenden Schuldtitel Jahr für Jahr wachsen, fällige Schulden werden also per Saldo mit neuen Schulden finanziert. Erst eine Umkehrung des Außenhandels- bzw. Leistungsbilanzdefizits, ein Überschuss, würde es ermöglichen, die

Schulden gegenüber dem Ausland wieder zu reduzieren oder ganz abzubauen. Das ist aber gar nicht nötig, solange alle glücklich mit ihrer „Wertanlage“ sind.

Damit dieses Modell funktioniert, muss es auf der Welt Überschussländer geben (so wie die USA noch in den frühen 1960er Jahren oder China und Deutschland heute), die weniger konsumieren und investieren, als sie produzieren, und dafür Wertpapiere erwerben. Dies werden sie nur tun, wenn diese Anlagen halbwegs sicher sind, bei Bedarf wieder zu Geld gemacht werden können und hohe Renditen (Zinsen, Dividenden, Wertsteigerungen) versprechen.

Nach einer eher chaotischen Suchphase etablierte sich der finanzmarktbasierter neue GMÜR, der globale Minotaurus: „1979 begann die Regierung Carter, mit Nachdruck die Inflation zu bekämpfen. Paul Volcker wurde neuer Notenbankpräsident mit dem Auftrag,

Abb. 3: Leistungsbilanzsalden 2001 bis 2008, Quelle: IMK Arbeitskreis Finanzkrise 2009.



entschieden gegen die Inflation vorzugehen. Sein erster Schritt war eine Anhebung der Durchschnittszinssätze auf 11 Prozent. Im Juni 1981 setzte Volcker die Zinsen dann auf die schwindelerregende Höhe von zuerst 20 und dann 21,5 Prozent herauf. Mit dieser brutalen Geldpolitik gelang es ihm, die Inflation in den Griff zu bekommen (die Rate fiel von 13,5 Prozent in 1981 auf 3,2 Prozent zwei Jahre später), aber mit erheblichen negativen Auswirkungen auf Beschäftigung und Kapitalakkumulation sowohl im eigenen Land wie im Ausland. Trotzdem waren beide Vorbedingungen [eines funktionsfähigen Minotaurus: wettbewerbsfähige Löhne und hohe Zinsen R.L.] erfüllt, noch bevor Ronald Reagan sich im Weißen Haus eingerichtet hatte.“ (9: 34)

Mit dieser Konstellation konnte das doppelte Defizit der USA über die Finanzmärkte ungestraft finanziert und immer weiter ausgedehnt werden. „... die neue Regierung Reagan konnte sich zugleich ein gewaltiges Verteidigungsbudget und immense Steuererleichterungen für die reichsten Amerikaner leisten. ... Die Herrschaft des Globalen Minotaurus war angebrochen. (9: 3) ... Amerika begann zu importieren, als gäbe es kein Morgen, und die Regierung schmiss mit Geld um sich, ohne einen Gedanken an die wachsenden Defizite zu verschwenden.“ (9: 41)

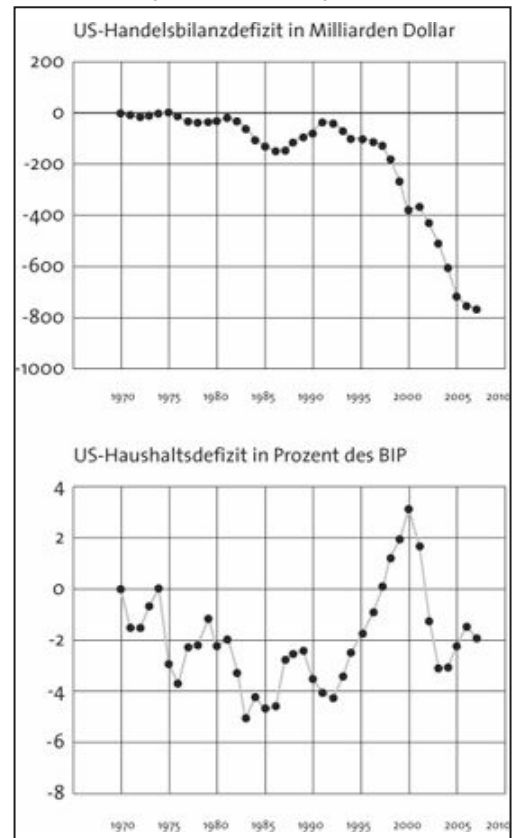
Varoufakis beschreibt dann vier Helfer des Minotaurus: Erstens die Wall Street (den Finanzplatz), die methaphysische Werte (Finanzanlagen) schafft. Hier beschreibt Varoufakis, wie dubiose „innovative“ und schließlich toxische Finanzprodukte¹⁶ sich an der Börse ausbreiteten. Zweitens Walmart, das Modell eines Konzerns, der Gewinne mit rücksichtsloser Ausbeutung der Arbeitskräfte im Billiglohnbereich macht und so die Niedrigpreise der Discounterwaren möglich macht. Drittens die Theorie und Strategie des „trickle down“, die Behauptung, wenn die Reichen reicher werden, würde auch zu den Armen etwas durchsickern. Dies begründete schamlose Steuersenkungen. „Dieser besonders hässliche Helfer hätte ohne einen vierten, pseudowissenschaftlichen Helfer keinerlei Glaubwürdigkeit besessen: die toxische ökonomische Theorie. Im allgemeinen Sprachgebrauch wurde sie als

Angebotsökonomie bekannt, aber in den großen wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten funktionierte sie als ein alles überwuchernder Albtraum in mathematischem Gewand.“ (10: 13)

Der Crash und die Bankrottokratie

Der Globale Minotaurus herrschte bis 2008. Allerdings blieb der nahende Untergang seinen Schöpfern nicht verborgen: „Am 10. April 2005, als niemand »schlechte Nachrichten« hören wollte, schrieb Volcker: ‚Was [die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte der Vereinigten Staaten] zusammenhält, ist ein massiver, wachsender Kapitalzufluss aus dem Ausland, der sich pro Arbeitstag auf 2 Milliarden Dollar beläuft ... Wir stopfen unsere Läden und Garagen mit

Abb. 4: Handelsbilanz- und Haushaltsdefizit der USA. Grafiken aus Varoufakis 2012 (9: 94)



Waren aus dem Ausland voll, und der Wettbewerb hat die Preise bei uns im Land sehr gebremst. ... Die Schwierigkeit besteht darin, dass dieser offensichtlich komfortable Zustand nicht unbegrenzt so bleiben kann. Ich kenne kein anderes Land, das es geschafft hat, über längere Zeit 6 Prozent mehr zu konsumieren und zu investieren, als es produziert. Die Vereinigten Staaten absorbieren rund 80 Prozent des Nettoflusses an internationalem Kapital.“ (10: 121)

Varoufakis liefert eine Chronik des Crashes von April 2007 (Zusammenbruch des Hypothekenfinanziers New Century Financial) bis Mitte 2009 und dem unendlichen Nachspiel, der Depression, die seitdem die Weltwirtschaft beherrscht. Wird der Minotaurus auferstehen? Varoufakis meint nein. Der Epilog lautet: Abgleiten in die Bankrottokratie. Haltlos und ohne Plan versuchen Politiker und Wirtschaftsmanager sich von Woche zu Woche, von einem Tag auf den nächsten zu retten, während die Finanzmarktjongleure den Untergang nutzen, um wie im Rausch noch mal richtig Geld einzusacken. Die Börsenkurse steigen, angetrieben von den Geldströmen, die die Zentralbanken in die Finanzmärkte pressen, um den Untergang aufzuschieben.

Für Varoufakis sind die Rettungsversuche des Geithner-Summers-Plans ebenso wie die europäische Kopie davon, EFSF und ESM, toxische Luftnummern. „Zwei Eigenschaften machen den EFSF zu einem faszinierenden Beispiel für die ‚Bankrottokratie‘. Erstens ... sollen mit dem Geld des EFSF nicht Irland, Portugal und so weiter gerettet werden, sondern Europas Pleitebanken. Zweitens und in unserem Zusammenhang wichtiger soll sich der EFSF durch die Ausgabe toxischer Eurobonds Geld besorgen – Bonds, die genauso strukturiert sind wie zuvor die umherschwirrenden CDOs“, die Auslöser der Finanzkrise von 2008 waren. „Statt entschlossen zu erklären: ‚Nie wieder!‘, haben unsere verantwortlichen Politiker den Banken signalisiert, dass alles weitergeht wie gehabt.“ (12: 32)

Europa und die Eurokrise

Das Entwicklungsmodell des in der Zeit des globalen Plans formierten Europas beruht auf der starken Investitionsgüterindustrie, vernetzt durch Deutschlands globale Konzerne. Die Einführung des Euros hat aber den europäischen Mechanismus des Überschussrecyclings untergraben, weil keine Anpassungen der Wechselkurse mehr möglich sind und kein alternativer Mechanismus des Überschussrecyclings geschaffen wurde. Nach Einführung der Euros steigerten Deutschland und die anderen Überschussländer der Eurozone ihre Überschüsse weiter. „Auf diese Weise wurden Deutschland und die anderen Überschussländer das europäische Gegenstück zum Globalen Minotaurus – sein *Simulacrum*¹⁷. ... Deutschland rettete seine globale Dynamik, indem es die Stagnation in seinen europäischen Hinterhof exportierte.“ (13:35)

Ist Rettung denkbar?

Varoufakis meint, dass die Eurokrise in ein paar Wochen gelöst werden könnte. Dazu unterbreitet er Vorschläge: „Im ersten Schritt würde die EZB die Fortsetzung ihrer großzügigen Bankenhilfe davon abhängig machen, dass die Banken einen erheblichen Teil der Schulden, die die Defizitländer bei ihnen haben, abschreiben. Im zweiten Schritt würde die EZB mit sofortiger Wirkung *allen* Mitgliedstaaten einen Teil ihrer öffentlichen Schulden abnehmen, und zwar bis zur Schuldenobergrenze nach den Defizitkriterien des Maastricht-Vertrags (das heißt maximal 60 Prozent des BIP). Der Transfer würde über Anleihen der EZB abgewickelt, für die *allein die EZB haftet* statt der anderen Mitglieder der Eurozone. Die Mitgliedstaaten bedienen weiter ihre Schulden, aber zumindest für den Teil, der mit dem Maastricht-Vertrag vereinbar ist, zahlen sie die niedrigeren Zinsen der EZB-Bonds.“ (13: 73)

Der dritte Schritt bringt die Europäische Investitionsbank (EIB) ins Spiel. Sie könnte der neue europäische Überschuss-Recyclingmechanismus werden. „Ihre Rolle wäre es dann, mithilfe der EZB Überschüsse von europäischen und außereuropäischen Überschussländern zu

leihen und in den europäischen Defizitregionen zu investieren.“ (13:75) Sie würde als eine gemeinschaftliche staatliche Bank gemeinsam mit der EZB Anleihen emittieren und somit den Überschussakteuren (Unternehmen, Banken, Privatanlegern) ermöglichen, ihre Überschüsse zu versilbern, d.h. in Wertpapiere umzuwandeln, noch dazu in sehr sichere und staatlich kontrollierte. Damit wäre es auch Rentenfonds und Lebensversicherungen wieder möglich, Zinsen für ihr Publikum zu gewähren, akzeptable, keine exorbitanten. Denn die Kredite, die die EIB im Gegenzug ausreicht, würden ja für realwirtschaftlich sinnvolle Investitionen eingesetzt, vorrangig in deindustrialisierten und unterstützungsbedürftigen Regionen, aber auch für innovative neue Entwicklungen. Dieser Überschuss-Recyclingmechanismus würde nicht mit hochriskanten Casinospiele operieren, sondern mit Erträgen aus realwirtschaftlich relevanten Investitionen.

Was Varofakis da vorgelegt hat, ist ein geniales Konzept. Leider wird dies kaum ein Ökonom zugeben. Er hat es gemeinsam mit Stuart Holland und James S. Galbraith in einem eigenen Buch ausführlicher dargestellt: „Bescheidener Vorschlag zur Lösung der Eurokrise“. Grundidee ist, alle Maßnahmen im Rahmen der bestehenden europäischen Institutionen und der bestehenden Verträge umzusetzen, so dass keine grundsätzlichen Änderungen der Spielregeln erforderlich wären. Für Vertragsänderungen würde die Zeit fehlen. Ein Fall-zu-Fall-Programm für die Bankenrettung, ein begrenztes Umschuldungsprogramm, ein investitionsgestütztes Rettungs- und Konvergenzprogramm, ein europäischer New Deal und ein Notprogramm sozialer Solidarität sind die Eckpunkte. Nach meinem Eindruck könnte es funktionieren. Zu dem europäischen New Deal hätte ich eine Ergänzung oder Variation, die ich ganz am Ende dieses Textes darstellen werde. Das Konzept scheitert nicht an sachlichen Gründen, es scheitert an mindestens zwei Akteursgruppen: den Finanzmarktjongleuren und der deutschen Exportindustrie. Und natürlich an einer in weiten Teilen moralisch verrotteten politischen, wissenschaftlichen und intellektuellen „Elite“ in den USA und in Europa, der es um Geld und Macht als Selbstzweck geht

und die sich weit von der Moralität und dem Verantwortungsbewusstsein der New Dealer entfernt hat. Mag sein, dass es rechts und links davon Heerscharen weiterer Gegner gibt.¹⁸ Die Mehrheit der europäischen Bevölkerung und einen gewichtigen Teil der Unternehmerschaft könnte man vielleicht überzeugen, wenn man die Chancen eines umfassenden europäischen Investitionsprogramms für eine umweltkompatible Wirtschaftstransformation verdeutlicht, die verbunden ist mit der Reparatur der lädierten Sozialsysteme durch mehr und bessere Arbeit, steigende Einkommen und Zukunftschancen für die junge Generation in einer vielleicht wieder lebenswerten Gesellschaft, die sich daran aufrichten könnte, die Natur, mit der, in der und von der sie lebt, noch im letzten Moment zu retten. Das wäre doch ein visionäres Zukunftsprojekt.

Variation

Ein globaler Mechanismus zum Überschuss-Recycling kann nicht durch Märkte erzeugt werden, notwendig sind institutionalisierte Regeln, die alle relevanten Handelspartner akzeptieren, entweder auf Grund freiwilliger Vereinbarung oder weil sie durch die hegemonialen Machtverhältnisse dazu gezwungen sind. Tatsächlich gibt es nur zwei denkbare Richtungen. Entweder man reduziert die Überschüsse nach dem Prinzip, jedes Land muss so viel konsumieren, wie es produziert. Temporäre Überschüsse werden eingesetzt, um Überschüsse und Defizite strukturell zu überwinden, und zwar nicht durch Finanzmarktspielereien, sondern durch wirtschaftliche Entwicklung, Investitionen und Innovationen. Dies ist die Richtung, in der Heiner Flassbeck argumentiert. Keynes Vorschlag sah vor, dass die institutionalisierte Reaktion auf Überschüsse und Defizite durch Zinszahlungen und Ab- bzw. Aufwertungen dazu führen sollte, Überschüsse klein zu halten. Ein Exportüberschuss in chinesischen oder deutschen Größenordnungen wäre damit allerdings nicht vereinbar.

Man kann sich im Anschluss an Varoufakis auch vorstellen, Überschüsse im Rahmen eines globalen oder zumindest europäischen

Investitionsprogramms zu recyceln. Dabei sollte es aber nicht darum gehen, Geld auszugeben, für was auch immer, oder Nachfrage zu generieren auf Kosten der Naturressourcen. Vielmehr müsste versucht werden, aus den Überschüssen einen gemeinsamen Fonds zu bilden, der die wichtigste Aufgabe der Zeit, die Umstellung der Industrie und des Konsums auf eine umweltkompatible Wirtschaftsweise, finanziert. Dieses Modell hätte den Vorteil, dass es Überschüsse zulassen und in „Wertpapiere“ recyceln würde, wobei die EZB und die europäische Investitionsbank die Emittenten wären: gemeinschaftlich kontrollierte Umweltwertpapiere, die im Rahmen eines inhaltlich definierten Programms zum Umbau der europäischen Wirtschaft und Infrastruktur eingesetzt würden. Die Umstellung der Energiesysteme auf erneuerbare Energien, soweit möglich und sinnvoll in dezentraler Struktur, ein regionales Stoffstrommanagement für alle relevanten Rohstoffe und Abprodukte, die Ersetzung nicht umweltkompatibler Produkte und Verfahren durch umweltkompatible, Konsumgüter eingeschlossen, das wäre ein Programm für zwei Generationen. Ergänzt durch Investitionen in regionale Wertschöpfungsnetze und die Förderung von Bildung, Kultur und lebenswerte Städte und Dörfer könnte damit erreicht werden, dass die europäische Wirtschaft ausgelastet wird, die Überschussländer weiter Überschüsse produzieren dürften und die Defizitländer nicht untergehen, die Arbeitslosigkeit sinkt und steigende Einkommen mit einem Wandel der Produktion und des Konsums in eine umweltkompatible Richtung vereinbar würde.

Die Finanzierung mit Wertpapieren der Europäischen Investitionsbank würde den Sparern ermöglichen, ihr Geld auf eine sinnvolle Weise anzulegen und dafür mäßige, aber über der Inflationsrate liegende Zinsen zu bekommen. Das Programm würde sich langfristig refinanzieren durch die Einsparungen für Primärenergie und Rohstoffe und durch die für die Nutzung von Naturressourcen (Primärenergie, Rohstoffe, Deponien) erzielten Einnahmen. Ein „Kreislauf des Ökokapitals“ würde entstehen und die Investitionen und die Reproduktion einer umweltkompatiblen Naturnutzung regulieren,

wenn es gelänge, zwischen der Nutzung von Ressourcen und deren Reproduktion (Erhaltung, Substituierung) einen finanziellen Reproduktionszusammenhang herzustellen.

Dazu müssten für alle relevanten Naturressourcen (Rohstoffe, Deponien, Abgase usw.), ausgehend von dem derzeitigen Verbrauch, Nutzungspfade für die nächsten Jahre bzw. Jahrzehnte festgelegt werden, die eine jährliche Absenkung des Verbrauchs bis auf ein umweltverträgliches Niveau vorsehen, z.B. je nach Ressource 2 bis 5 % Absenkung pro Jahr. Für die jährliche Menge werden dann Zertifikate ausgegeben und gehandelt. Der Preis würde im Rahmen gesetzter Regeln durch Angebot und Nachfrage bestimmt, d.h. bei hohem Verbrauch würde er steigen und zur weiteren Absenkung stimulieren. Sinkt der Verbrauch stärker, wären die Preise der Zertifikate geringer – und man könnte gegebenenfalls Mittel in andere Kanäle lenken oder den Absenkungspfad verstärken.

Dies ist aber nur die eine Seite der Medaille. Die Einnahmen aus dem Handel der Umweltzertifikate würden über die Investitionsbank in die Finanzierung des Programms zurückfließen. Damit könnte einerseits die Verzinsung der für die Investitionen aufgenommenen Wertpapiere sichergestellt werden, andererseits könnten auch Forschungen und Investitionen direkt finanziert werden. Da das Programm nach beispielsweise 50 Jahren ausläuft, wenn die Umstellung im Wesentlichen abgeschlossen wäre, sollten die Umwelt-Investitionspapiere, mit denen die europäischen Überschüsse im Sinne Varoufakis recycelt werden, mit einer Laufzeit ausgestattet sein und zurückgezahlt werden – und zwar aus den Einnahmen, die durch die wirtschaftlichen Effekte der Investitionen erzielt werden: die steigende Ressourceneffizienz, die im Vordergrund stehen soll, und die mit Innovationen in der Regel verbundene steigende Arbeitsproduktivität, die anders als im Fordismus der sekundäre Effekt sein sollte. Das Zusammenwirken von Kosten für die Umweltnutzung und Finanzierung von Investitionen in die Reduzierung des Umweltverbrauchs und den Aufbau einer umweltkompatiblen Wirtschaft würde Kapital-emission und Reproduktion zu einem eigenen Kreislauf des Ökokapitals zusammenschließen,

der den von Marx dargestellten Kreisläufen des industriellen Kapitals, des Handels- und des Geldkapitals und der Lohnarbeit hinzuzufügen wäre. (Marx, Das Kapital, Zweiter Band. Ansonsten vgl. Land 1994 und 1995.)

Das wäre ein Plan, aber keine Planwirtschaft. Vielmehr wird der Finanzregulationsmechanismus der Kapitalverwertung genutzt, um die Entwicklung in eine bestimmte Richtung zu lenken – aber ohne direkte Eingriffe in die Innovations-, Investitions- und Verwertungsstrategien der einzelnen Unternehmen. Es ist nicht mehr und nicht weniger Planwirtschaft, als es der New Deal oder der Globale Plan waren.

Anmerkungen

- 1 Hinweis zu den Quellenangaben für das E-Book beim Literaturverzeichnis.
- 2 Überschüsse und Defizite im Handel zwischen Volkswirtschaften mit verschiedenen Währungen wurden durch Auf- und Abbau von Währungsreserven und diese wiederum durch Übertragung von Gold (Eigentumsübertragung, nötigenfalls auch gegenständlichen Transport) ausgeglichen, waren daher nur sehr begrenzt möglich. Die verfügbare Menge an Gold war die währungspolitische Bremse für Leistungsbilanzdifferenzen und Kapitalverkehr. Unter diesen Voraussetzungen konnten neue Märkte nur eingeschränkt durch Handel und Kapitalexpert erobert werden: man musste sich des Territoriums gegenständlich versichern und die eigene Währung in der eroberten Kolonie einführen, um sie wirtschaftlich ausbeuten zu können. Erst die zweite und dritte Globalisierung ermöglichten, staatlich eigenständige Volkswirtschaften durch Handel zu vernetzen, ohne sie sich staatlich einzuverleiben. Der alte mit territorialer Eroberung verbundene Kolonialismus ist seit der zweiten Globalisierung unnötig.
- 3 Der Preis der notwendigen Konsumgüter bestimmt mittelfristig die theoretische Untergrenze des Lohns, bei dessen Unterschreitung die Arbeiter das Angebot an Arbeitskraft vom Markt nehmen, weil sie gerade verhungern oder auswandern. Marxistisch gesprochen: fordistische Massenproduktion senkt den „Wert der Ware Arbeitskraft“.
- 4 Mit der Produktivität steigende Löhne, also eine *konstante*, nicht weiter steigende Mehrwertrate (oder eine konstante Lohnquote), ein Kapitalismus ohne *relative* Mehrwertproduktion, war für sie ebenso undenkbar wie für Marx. Erst im Sozialismus könnten die Löhne im Gleichschritt mit der Produktivität steigen.
- 5 Hier sei darauf hingewiesen, dass diese Kopplung auf der Veränderung der *Primärverteilung* beruht, also der Aufteilung des geschaffenen Produktwerts zwischen Kapital und Arbeit durch die Regulation der Lohnhöhe entsprechend der Produktivität. Eine hinter der Produktivität zurückbleibende Lohnentwicklung ist (ohne Kolonialismus) für die Kapitalverwertung dysfunktional, weil die Gewinne zwar steigen, aber nicht (im Inland) investiert werden können, wenn die Nachfrage nicht in gleichem Maße steigt. Die Sekundärverteilung durch Steuern, Transfereinkommen, Sozialleistungen und staatliche Infrastruktur ergänzt eine funktionale und gerechte Primärverteilung. M.E. kann eine „falsche“, eine dysfunktionale und ungerechte Primärverteilung durch die Sekundärverteilung nicht hinreichend korrigiert werden. Historisch zeigt sich, dass eine sozial gerechte Sekundärverteilung erst einmal eine funktionale und gerechte Primärverteilung zur Voraussetzung hat.
- 6 „Es wurden u. a. 125.000 öffentliche Gebäude, mehr als eine Million Kilometer Autobahnen und Straßen, 77.000 Brücken, Bewässerungssysteme, Stadtparks, Schwimmbäder etc. gebaut. Darunter waren auch prominente Projekte wie der Lincoln-Tunnel, die Triborough Bridge, der Flughafen New York-LaGuardia, der Overseas Highway und die Oakland Bay Bridge. Verantwortlich dafür waren neben der bereits 1933 gegründeten Public Works Administration seit 1935 vor allem die Works Progress Administration unter der Leitung von Harry Hopkins. Mit diesen Mitteln arbeitete auch die 1935 gegründete Rural Electrification Administration, die ländliche Regionen mit günstigem Strom versorgen sollte. 1935 hatten nur 20 % der amerikanischen Farmen Zugang zu Strom, zehn Jahre später lag die Quote bereits bei 90 %.“ http://de.wikipedia.org/wiki/New_Deal
- 7 So Robert Higgs in „Depression, War and Cold War“. Siehe auch Gerard Bökenkamp, der in „Der New Deal und seine Überwindung: Roosevelts Desaster“ (<http://ef-magazin.de/2010/04/25/2038der-new-deal-und-seine-ueberwindung-roosevelts-desaster>) bestreitet, dass der New Deal überhaupt etwas mit dem Wirtschaftsaufschwung zu tun hatte. Er meint, die Wiedereinführung der Marktwirtschaft nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hätte zum Aufschwung geführt. So eigentümlich muss man wohl argumentieren, wenn man den Markt für die ultimative Regulationsinstanz hält. Warum die Märkte vor 1933 keinen Ausweg aus der Sackgasse fanden, in die sie wegen unregulierter Finanzmärkte geraten waren, kann man so allerdings nicht erklären.
- 8 Entweder schrumpft dann die Produktion (weil

die Lager mit nicht absetzbarer Produktion voll sind), bis die Produktion auf das Niveau der Nachfrage gefallen und so im Abwärtsgang die Übereinstimmung von Produktion und Verbrauch wieder hergestellt wird. Oder aber es entstehen Überschüsse, die im Ausland, irgendwo auf dem Weltmarkt abgesetzt werden müssen.

- 9 Überschüsse und Defizite haben aber entweder mit Lohnstückkostendifferenzen oder mit Wechselkursen zu tun. Lohnstückkostendifferenzen: das Land, das mehr exportiert, als es importiert, hat Überschüsse, weil die Löhne, gemessen an der Produktivität, zu gering sind. Wären die Löhne höher, wäre entweder der Absatz im Binnenmarkt oder der Import entsprechend größer, es gäbe Handel, aber ohne Überschüsse und Defizite. Das Land, das mehr importiert, als es exportiert, hat dann spiegelbildlich zu hohe Löhne oder alternativ zu hohe Staatsausgaben. Einen ähnlichen Effekt können Wechselkurse haben, wenn diese von den Kaufkraftparitäten der Export- und Importgüter abweichen, was bei unterschiedlichen Inflationsraten früher oder später eintreten wird. Das Land, dessen Währung im Verhältnis zu einem anderen unterbewertet ist, exportiert mehr, als es importiert, und macht Überschüsse; das Land mit einer überbewerteten Währung wird tendenziell Defizite machen, weil es mehr importiert. Wenn es gelingt, Währungsanpassungen längere Zeit zu verhindern, können solche Überschüsse und Defizite andauern und wachsen.
- 10 Zum Beispiel in „Aus gegebenem Anlass, ein Blick zurück: Sind ähnliche Lebensverhältnisse erforderlich für das Funktionieren einer Währungsunion?“ vom 23. Februar 2015. <http://www.flassbeck-economics.de/aus-gegebenem-anlass-ein-blick-zurueck-sind-aehnliche-lebensverhaeltnisse-erforderlich-fuer-das-funktionieren-einer-waehrungsunion/>
- 11 Und tatsächlich stieg die Produktivität preisbereinigt von 1961 bis 1975 jährlich durchschnittlich um 2,07 %, die Reallöhne hingegen nur um 1,92 %. Für 1975 bis 2003 lauten die Zahlen 1,42 und 1,34. Siehe Busch, Land 2013: 119 f, Tabelle.
- 12 Diese Verlängerung des New Deal war mit einer macht- und militärpolitischen Neuorientierung, dem Kalten Krieg, verbunden: „Doch nicht alle Vertreter des New Deal ... waren von der Truman-Doktrin und dem Marshallplan überzeugt. Henry Wallace, ehemals Vizepräsident und Landwirtschaftsminister, den Truman entlassen hatte, weil er die Spielregeln des Kalten Krieges ablehnte, bezeichnete den Marshallplan als »Martial Plan«, als martialischen Plan. Er warnte vor einem Zerwürfnis mit der Sowjetunion, Amerikas Verbündetem im Weltkrieg, und wies darauf hin, die Bedingungen, die man der Sowjetunion für eine Beteiligung am Marshallplan gestellt hatte, seien absichtlich so konstruiert gewesen, dass Stalin sie ablehnen musste (was er natürlich tat). Zahlreiche Wissenschaftler aus der New-Deal-Generation, darunter Paul Sweezy und John Kenneth Galbraith, lehnten Trumans Taktik eines Kalten Krieges ebenfalls ab. Doch sie wurden durch die Hexenjagd, die Senator Joseph McCarthy und sein Ausschuss für unamerikanische Umtriebe veranstalteten, rasch zum Schweigen gebracht.“ (8: 56)
- 13 „Der Globale Plan scheiterte an einem großen Manko seiner ursprünglichen Architektur. ... Der Globale Plan sah keinen globalen Mechanismus zum Überschussrecycling (GMÜR) vor, der systematische Handelsbilanzungleichgewichte dauerhaft unter Kontrolle halten konnte. Die Amerikaner lehnten Keynes' Vorschlag ... ab, weil sie meinten, die USA könnten und sollten die globalen Handels- und Kapitalströme selbst steuern und sich nicht einem formalen Automatismus unterwerfen. Der neue Hegemon, geblendet durch seinen frisch erworbenen Status einer Supermacht, übersah, dass es gut gewesen wäre, sich wie Odysseus freiwillig an einen homerischen Mast zu fesseln.“ (9: 3)
- 14 John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson entwarfen innenpolitische Ausgabenprogramme, *New Frontier* und *Great Society*, Programme, die Ausgaben für Bildung, Gesundheitswesen, Stadterneuerung, Verkehr, Künste, Umweltschutz, öffentliche Sender, Forschung u.ä. beinhalteten und die der sozialen Stabilisierung des amerikanischen Kapitalismus nach innen dienten. Sie waren das innenpolitische Gegenstück zum Globalen Plan.
- 15 Natürlich ist der Käufer der importierten Ware nicht zwangsläufig auch der Emittent des Schuldtitels, das wird eher die Ausnahme sein. Genauso wenig ist der ausländische Exporteur derjenige, der Gläubiger wird. Drittmarkteffekte sind auch zu beachten; z.B. kann Deutschland Waren nach China exportieren und dafür amerikanische Schuldtitel erwerben. Es geht hier nur um die Salden aller Überschussländer im Verhältnis zu allen Defizitländern. Der Saldo muss durch Wertpapiere refinanziert werden, nicht jeder einzelne Kauf oder Verkauf.
- 16 Collateralized Debt Obligation, CDO, verbriefte Kredite, und besicherte Derivate
- 17 Deutsch: Spiegel- und Trugbild zugleich.
- 18 Es sieht ganz danach aus, als wäre die Eurokrise vom ökonomischen Standpunkt völlig unnötig, diene aber dem Zweck, innerhalb Europas die Rolle zu erhalten, die Deutschland während der Herrschaft des Globalen Minotaurus für sich selbst geschaffen hat. Und nun ist der Minotaurus »kaputt«, Europa steckt in der Krise und Deutschland verschließt die Augen vor der Wahrheit.

Quelle

Yanis Varoufakis (2012): Der globale Minotaurus. Amerika und die Zukunft der Weltwirtschaft. Aus dem Engl. von Ursel Schäfer. Kunstmann, München. Die Quellenangaben beziehen sich auf die E-Book-Ausgabe. Die erste Zahl nennt den Abschnitt, die zweite den Absatz innerhalb des Abschnitts. Liste der Abschnittsnummer: (8: 34) bedeutet danach Kapitel 4, 34. Absatz.

- 1 Außentitel
- 2 Innentitel
- 3 Inhaltsverzeichnis
- 4 Danksagung
- 5 Widmung
- 6 KAPITEL 1, Einführung
- 7 KAPITEL 2 Zukunftslabore
- 8 KAPITEL 3 Der Globale Plan
- 9 KAPITEL 4 Der Globale Minotaurus
- 10 KAPITEL 5 Die Helfer des Untiers
- 11 KAPITEL 6 Der Crash
- 12 KAPITEL 7 Die Helfer schlagen zurück
- 13 KAPITEL 8 Die weltweite Hinterlassenschaft des Minotaurus: Eine sinkende Sonne, verwundete Tiger, ein instabiles Europa und ein angstvoller Drache
- 14 KAPITEL 9 Eine Zukunft ohne Minotaurus?
- 15 Anmerkungen
- 16 Empfohlene Lektüre
- 17 Auswahlbibliographie
- 18 [Liste der] Grafiken, Tabellen und Kästen
- 19 Abkürzungen
- 20 Register
- 21 Impressum

Literatur

Ulrich Busch, Rainer Land (2013): Teilhabekapitalismus. Aufstieg und Niedergang eines Regimes wirtschaftlicher Entwicklung am Fall Deutschland 1950 bis 2010. Ein Arbeitsbuch. BoD – Books on Demand, Norderstedt.

- Heiner Flassbeck, Paul Davidson, James K. Galbraith, Richard Koo und Jayati Ghosh (2013): Handelt Jetzt! Das globale Manifest zur Rettung der Wirtschaft. Westend-Verlag, Frankfurt.
- Heiner Flassbeck (2014): 66 starke Thesen zum Euro, zur Wirtschaftspolitik und zum deutschen Wesen. Westend-Verlag, Frankfurt.
- Heiner Flassbeck, Costas Lapavistas (2015): Nur Deutschland kann den Euro retten: Der letzte Akt beginnt. Westend Verlag, Frankfurt.
- James K. Galbraith, Stuart Holland, Yanis Varoufakis (2013): Bescheidener Vorschlag zur Lösung der Eurokrise. Kunstmann, München.
- Joseph Halevi, Nicholas J. Theocarakis, Yanis Varoufakis (2011): Modern Political Economics: Making sense of the post-2008 world. Taylor & Francis Ltd., Routledge.
- IMK-Arbeitskreis Finanzkrise: Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (I). In: IMK-Report Nr. 38, Mai 2009, Düsseldorf. http://www.boeckler.de/index_imk.htm.
- Rainer Land: Ökosteuer oder Ökokapital? Versuch einer Antwort auf Fragen von André Gorz. In: Andere Zeiten. Forum für politische Ökologie und soziale Emanzipation. Nr. 4/94, September 1994, Berlin, S. 3-12.
- Rainer Land: Irrwege und Auswege der Ökokapital-Debatte. In: Andere Zeiten. Forum für politische Ökologie und soziale Emanzipation. Nr. 3/95, September 1995, Berlin, S. 3-10.
- Rainer Land (2009): Schumpeter und der New Deal. In Berliner Debatte Initial 20(2009)4 S. 49-61.
- Mancur Olson (1985): Aufstieg und Niedergang von Nationen: ökonom. Wachstum, Stagflation u. soziale Starrheit (engl. Originaltitel: The Rise and Decline of Nations, 1982). Mohr, Tübingen.
- John, Steinbeck (2008): Früchte des Zorns, 17. Aufl., München, erstmals veröffentlicht 1939.

Hinweis auf weiterführende Texte

- <http://www.flassbeck-economics.de/>
<http://www.rla-texte.de/>

Berliner Debatte Initial 26 (2015) 2

Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal

© **Berliner Debatte Initial** e.V.,
Ehrenpräsident Peter Ruben.
Berliner Debatte Initial erscheint viermal jährlich.

Redaktionsrat: Harald Bluhm, Wladislaw He-
deler, Cathleen Kantner, Rainer Land, Udo Tietz,
Andreas Willisch.

Redaktion: Ulrich Busch, Erhard Crome, Wolf-
Dietrich Junghanns, Raj Kollmorgen, Thomas
Möbius, Robert Stock, Dag Tanneberg, Matthias
Weinhold, Jan Wielgohs, Johanna Wischner.

Verantwortl. Redakteur: Thomas Müller. V.i.S.P.
für dieses Heft: Ulrich Busch. **Satz:** Rainer Land.

Copyright für einzelne Beiträge ist bei der Redak-
tion zu erfragen.

E-Mail: redaktion@berlinerdebatte.de
<http://www.redaktion.berlinerdebatte.de/>

Berliner Debatte Initial erscheint bei
WeltTrends, Medienhaus Babelsberg
August-Bebel-Straße 26-53
D-14482 Potsdam
www.welttrends.de

Preise: Einzelheft 15 €,
Jahresabonnement 40 €, Institutionen 45 €,
Studenten, Rentner und Arbeitslose 25 €.
Für ermäßigte Abos bitte einen Nachweis (Kopie)
beilegen. Das Abonnement gilt jeweils für ein
Jahr und verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn
nicht sechs Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Bestellungen: Einzelhefte im Buchhandel;
Einzelhefte (gedruckt oder als PDF) und einzelne
Artikel (als PDF) im Webshop:

<http://shop.welttrends.de/>

oder per E-Mail:
bestellung@berlinerdebatte.de
oder telefonisch: +49/331/ 721 20 35
(Büro WeltTrends)